

ren, die diese Investitionen ermöglichten, lässt sich sagen, dass sie indirekt über den Zugriff auf Masseneinkommen finanziert wurden.³³ Der damit eingeleitete Transformationsprozess erschöpfte sich freilich nicht in der verstärkten Hinwendung zur Atomenergie. Diese muss vielmehr in den Zusammenhang der seit 1971 von Deutschland und Frankreich forcierten Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik der EG vom Waren- zum Kapalexport gestellt, also auch zur neuen internationalen Arbeitsteilung sowie zur Inkaufnahme struktureller Arbeitslosigkeit in den EG-Kernländern in Beziehung gesetzt werden.³⁴

Vergleicht man die zwei bis jetzt referierten Aspekte der Krise der 1970er Jahre mit dem Verlauf der aktuellen Krise, dann liegt die Vermutung nahe, dass währungspolitische Auseinandersetzungen, an denen sich unter anderem die Präferenz einzelner Staaten und Wirtschaftsböcke für den Kapital- oder den Warenexport ablesen lässt, ebenso ein typisches Erscheinungsmerkmal größerer weltwirtschaftlicher Transformationsphasen darstellen wie Störungen im globalen Verhältnis von Primär- und Sekundärsektor oder in den Handelsbeziehungen zwischen Rohstoffexporteuren und Rohstoffimporteuren. Doch auch ein weiterer wichtiger Aspekt des gegenwärtigen Krisengeschehens – die Verschärfung des endemischen Hungers – hat eine Parallele in den 1970er Jahren, denn die damalige Krise war, wie bereits erwähnt, auch eine Ernährungskrise.

Damals wie heute zeichneten sich die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel durch eine hohe Volatilität sowie durch eine langfristige Tendenz zur Preissteigerung aus.³⁵ Die Dollar-Abwertung vom Au-

acht Leichtwasserreaktoren und Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen in Brasilien zeigte. Es handelte sich um das bis dahin größte Exportgeschäft in der Geschichte der Bundesrepublik: ebd., S. 51.

33 »In dieser Lage stellt der höhere Konsumenten-Ölpreis in den Import-Ländern einen Abzug von anderen Formen des Verbrauchs dar. Er hat den Effekt des Zwangsparens.« New York Times, 5. Januar 1975, zit. n. Montano, Bemerkungen (wie Anm. 13), S. 51 (Hervorhebungen M.M.).

34 »[Die Atomindustrie] konzentriert ein Maximum an Kapital am Binnenmarkt und stellt damit die Voraussetzungen für die Transformation der warenproduzierenden zur kapalexportierenden Wirtschaft her.« Polke, Wer braucht... (wie Anm. 32), S. 44. Über den damit einhergehenden »tiefgreifenden Prozess der gewaltsamen Verdrängung arbeitsintensiver Produktionsverfahren« aus den Industrieländern, bei gleichzeitiger »Ausweitung industrieller Kapazitäten in sogenannten Entwicklungsländern«, vgl. ebd., S. 49.

35 Vgl. zum Folgenden Harry Cleaver, Nahrungsmittel, Hunger und die internationale

gust 1971 hatte unter anderem den Effekt, US-amerikanische Agrarprodukte auf dem Weltmarkt zu verbilligen. Das Volumen der US-amerikanischen Weizenexporte verdreifachte sich in den drei Quartalen nach der Abwertung, die Maisausfuhr stieg um zwanzig Prozent an. Der sich daraus ergebende Run auf das günstige Getreide führte jedoch rasch zu Engpässen, sodass der Preissturz in eine Preissteigerung umschlug. 1972 veranlasste zudem eine ungewöhnlich schlechte Ernte die Sowjetunion, US-amerikanisches Getreide im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar zu importieren, entsprechend einem Viertel der US-amerikanischen Weizenernte.³⁶ Folge war eine weitere Verknappung von Getreide, die sich 1973 in einem 20-prozentigen Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel niederschlug.

Für viele aufgrund ihrer *Cash-crop*-Landwirtschaft auf Nahrungsmittelimporte angewiesene Agrarländer des globalen Südens war dies eine katastrophale Entwicklung. Denn da ihre Währungen in der Regel auf den Dollar gestützt waren, hatten sie durch die Dollar-Abwertung von 1971 just zu dem Zeitpunkt einen Kaufkraftverlust erlitten, als die Nahrungsmittelpreise zu steigen begannen. Ungünstige klimatische Bedingungen und eine restriktive internationale Nahrungsmittelhilfe taten das Übrige. Zu größeren Hungersnöten kam es vor allem in Ostafrika (Äthiopien 1972ff.) und Westafrika (Tschad, Niger, Mali, Mauretanien und Senegal 1972–1975), aber auch in Asien (Afghanistan 1971/72, Bangladesch 1974/75).³⁷ Dabei kam, ähnlich wie heute, auch der Zusammenhang von Energie- und Nahrungsmittelsektor zum Tragen, und zwar vor allem in den seit der »Grünen Revolution« der 1960er Jahre verstärkt mit Kunstdünger arbeitenden Landwirtschaften. Denn die Preise des (auf Erdölbasis produzierten) Kunstdüngers waren seit dem Öl-Schock von 1973 stark gestiegen, sodass die Entwicklung im Energiesektor sich nicht nur über höhere Transportkosten auf die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel auswirkte, sondern bereits den Anbau verteuerte.³⁸

Krise, in: Thekla 10: Zerowork (wie Anm. 13), S. 162–222. Siehe zum strategischen Einsatz der US-amerikanischen Nahrungsmittelhilfe in den 1970er Jahren auch North American Congress on Latin America (NACLA), Weizen als Waffe, Reinbek 1977.

36 Cleaver, Nahrungsmittel (wie Anm. 35), S. 195–197.

37 Ebd., S. 207–212.

38 Ebd., S. 191 f.

3.

Welche Folgen hatte die komplexe Krise der 1970er Jahre für Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit? Diese Frage ist weder einfach noch eindeutig zu beantworten. Auf der Grundlage des bis jetzt Gesagten müsste zunächst genauer zwischen den von Roth ausgemachten Krisen-Zyklen sowie zwischen den Schauplätzen der Krise unterschieden werden. Denn wie *The Free Association* in vorliegendem Band richtig feststellt, besteht ein wesentliches Merkmal der Politik der letzten dreißig Jahre in der zeitlichen und geographischen Verschiebung der sozialen Folgen der Krise. Zwar ist grundsätzlich unabweisbar, dass das, was David Harvey als »neoliberale Konterrevolution« bezeichnet hat, mit einer »gigantischen Umverteilung« zugunsten des reichsten Promilles der Weltbevölkerung einhergegangen ist.³⁹ Doch kann von einer räumlichen Einheitlichkeit dieses Prozesses nicht die Rede sein. Die damit verbundenen Probleme betreffen auch die aktuelle Situation, in der zwischen den Krisenfolgen und Krisenwahrnehmungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Regionen Europas unterschieden werden muss – ganz zu schweigen von dem, was sich in Bezug auf die »globale« Krise zeigt. Gleichzeitig greifen wir einer Bewertung wohl nicht allzu sehr vor, wenn wir bereits an dieser Stelle konstatieren, dass die noch immer stattfindende raum-zeitliche Entkoppelung der Krisenpolitik und der Krisenfolgen ein für die Linke zentrales Problem darstellt, das keinesfalls mit bloßen Appellen und »weltweiten« Aufrufen bewältigt werden kann.

Doch zurück zu den Krisen vor der aktuellen »großen Krise«. Wenn wir zunächst zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens unterscheiden, dann können wir, sehr grob, sagen, dass es im globalen Norden infolge der Krise zu einer Neuordnung der Arbeitsmärkte kam, die zum einen auf der Steigerung der Kapitalintensität im verarbeitenden Gewerbe, zum anderen auf der Ausweitung prekärer und gering entlohnter Beschäftigung beruhte. Dagegen war das wichtigste Ergebnis im globalen Süden das Einsetzen eines mit der Zerstörung ländlicher Subsistenzgrundlagen verbundenen Urbanisierungsschubes, aus dem ein informelles Proletariat nie dagewesenen

³⁹ Vgl. David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005, insbesondere S. 9–15.

Ausmaßes hervorgegangen ist.⁴⁰ Am Beispiel der Entwicklung in der Bundesrepublik lässt sich zeigen, dass die genannten »Verschiebungen« nicht nur »global«, sondern auch »lokal« von Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, einen genaueren Blick auf die erste Rezession der bundesdeutschen Geschichte (1966/67) zu werfen, deren Bewältigung dreifach zu charakterisieren ist. Erstens setzte sich die keynesianische »Globalsteuerung« erst zu diesem Zeitpunkt durch. Zweitens wurden die Gewerkschaften massiv in die Regulation der Krise eingebunden, vor allem vermittels einer damals eingeführten »wiseschaftlichen Lohnpolitik«, die die nachfrageorientierte Lösungsstrategie der ersten Großen Koalition mit einer exportorientierten – und zunächst durchaus erfolgreichen – »moderaten« Lohnpolitik verband. Das dritte Element der Krisenpolitik von 1966/67 war die »Unterschichtung« des Arbeitsmarktes, also die abrupt herbeigeführte Erwerbslosigkeit der Gastarbeiter und weiblichen Industriebeschäftigten, wobei bestimmte Regionen (Saarland, Teile des Ruhrgebietes) und Wirtschaftszweige (Bergbau) besonders betroffen waren.⁴¹ Für unsere Fragestellung ist bedeutend, dass die in der anschließenden Hochkonjunktur aufflammenden sozialen Kämpfe die Zersplitterung der verschiedenen Orte sowohl spiegelten als auch *aufflohen* – letzteres vor allem durch die soziale »Fusion« der Bewegungen von 1967/68 sowie, in den Betrieben, durch den Kampf gegen die »Unterschichtung« der Belegschaften.⁴² Den Sozialprotesten und Streikbewegungen dieser Zeit gelang es, das

⁴⁰ Zur Entwicklung der Städte im globalen Süden vgl. Mike Davis, *Planet of Slums*, New York/London 2006. Siehe auch Max Henninger, *Zur Transformation des Urbanen*. Forschungsbefunde und Fragen, in: *Sozial.Geschichte Online*, 3 (2010), S. 28–55, hier S. 28–46.

⁴¹ Die Krise des Bergbaus beginnt bereits in den späten 1950er Jahren mit ersten Zerschließungen. Über drei Jahrzehnte unterschied sich die »korporatistische«, mit staatlichen Kompensationsmaßnahmen (Abfindungen für Beschäftigte, Gründung neuer Betriebe der »zweiten Industrialisierung«, Förderung der »Mobilität« der Ware Arbeitskraft etc.) einhergehende Krisenpolitik im Bergbau und später auch in der Stahlindustrie stark von den politisch aggressiven Strategien neoliberaler Regimes, die in den 1980er Jahren zum Beispiel in England zu beobachten waren.

⁴² Vgl. Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder*. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main u.a. 2008. Die Kämpfe von 1967–1973 stellen übrigens auch die Unterscheidung zwischen »fordistischen« und »postfordistischen« sozialen Bewegungen in Frage.

beschäftigung (49,4 Prozent) den des Industriesektors (45,3 Prozent) übertraf.⁴⁴

Die Entwicklung ging zu Lasten der alten, noch im 19. Jahrhundert entstandenen Industrieregionen, etwa des Ruhrgebiets mit seinen Schwerpunkten Kohleförderung, Stahlproduktion und Maschinenbau oder auch des Saarlands mit seiner Eisen- und Stahlindustrie. Was damals als Entstehung »regionaler Ungleichgewichte« diskutiert wurde,⁴⁵ erklärt sich aus einer über Investition und Desinvestition gesteuerten Neuordnung regionaler Arbeitsmärkte, bei der es nicht zuletzt um einen Angriff auf die Machtpositionen ging, die sich Industriearbeiter in der Epoche der »Vollbeschäftigung« erobert hatten.⁴⁶ Die Investition in »Zukunftstechnologien« wie die Atomenergie ging Hand in Hand mit der durch Desinvestition betriebenen Zerschlagung für die Kapitalakkumulation bedrohlich gewordener Arbeiteragglomerationen. Die Schere, die sich im Zuge der sozialen Kämpfe der 1960er und frühen 1970er Jahre zwischen Lohnkosten und Unternehmensgewinnen geöffnet hatte, wurde wieder geschlossen. War im verarbeitenden Gewerbe zwischen 1960 und 1974 ein Anstieg der Lohnkosten je Produkteneinheit um 70 Punkte (1960 = 100) zu verzeichnen gewesen, bei gleichzeitigem Absinken der Gewinn- und Vermögenseinkommen je Produkteneinheit um fast 90 Punkte,⁴⁷ so wurde diese Entwicklung seit Mitte der 1970er Jahre, insbesondere aber nach 1982, Schritt für Schritt umgekehrt.

Die ab Mitte der 1970er Jahre zu verzeichnende Steigerung der Kapitalintensität – marxistisch gesprochen: der organischen Zusammensetzung des Kapitals – beinhaltet eine teilweise Abkehr von der vergleichsweise arbeitsintensiven Fließproduktion, die sich in einer Verkleinerung der Stammebelegschaften niederschlug. Ebenso wurde,

44 Hans-Walter Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland, 1871–2002, Nürnberg 2003, S. 498. Vgl. Gerhard Fels, Zum Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Die deutsche Wirtschaft an der Schwelle der achtziger Jahre, Kiel 1980, S. 6–12, hier S. 7.

45 Rudolf Adlung / Carsten Thoroe, Neue Wege in der Regionalpolitik. Vorschläge zu einer Umgestaltung des regionalen Fördersystems in der Bundesrepublik Deutschland (Kieler Diskussionsbeiträge 68), Kiel 1980, S. 6.

46 Vgl. Birke, Wilde Streiks (wie Anm. 42).

47 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vor dem Aufschwung: Jahresgutachten 1975/76, Stuttgart/Mainz 1975, S. 42, Schaubild 6.

ganze kulturelle Spektrum der bundesdeutschen Sozialbeziehungen auszuleiten: die Vernutzung der Arbeitskraft in deraylorisierten Industrie, die unwürdige Behandlung der Beschäftigten im Montansektor, die »Leichtlohngruppen«, in denen Frauen beschäftigt waren, die Missbehandlung der Lehrlinge, die Ausbeutung und mangelnde politische Repräsentation der Migranten und Migrantinnen. Die Proteste, die sowohl von traditionellen Kernen der Linksoption in den Großbetrieben als auch von neuen betrieblichen Basisgruppen getragen wurden, reichten von den »Septemberstreiks« bis hin zu den migrantisch geprägten Kämpfen des Frühjahrs und Sommers 1973; zwischenzeitlich experimentierten auch IG Metall und IG Chemie mit einer offensiven Lohnpolitik. Ausschlaggebend war die gelungene Bezugnahme auf die Arbeitskampfe West- und Südeuropas (vor allem Frankreichs, Italiens und Englands). Die zeitgenössische Literatur und die mittlerweile erfolgreiche historische Aufarbeitung legen nahe, dass vor allem letzteres als bedingend empfunden wurde, stellte es doch die Strategie einer »Verschärfung« der Krisenfolgen in Frage. Die Reaktion war einerseits »more of the same«, Gesetz wurde auf die Repression der systemfeindlichen Bewegungen, die Reduzierung des migrantischen Anteils an den Belegschaften und die innergewerkschaftliche Ausgrenzung der Linksoption (bei gleichzeitiger Einbindung der Gewerkschaften in den Institutionen der Unternehmensmitbestimmung). Andererseits experimentierte das staatliche Programm der »Humanisierung der Arbeit« bereits mit »postfordistischen« Formen der Flexibilisierung und mit der Ausweitung der etablierten betrieblichen Arbeitsteilung.

Die Politik wurde durch die sozialdemokratische Strategie des »aktiven Strukturwandels« flankiert. Sie beinhaltete das langsame Abstreifen von Industriesektoren wie Eisen, Stahl und Bergbau bei gleichzeitiger Investitionslenkung in Richtung Atomenergie, Energieerzeugung, Infrastrukturbau und Präzisionstechnik.⁴³ Gleichzeitig kam es – in Verlängerung eines bereits seit den 1960er Jahren zu verzeichnenden Trends – zur Ausweitung des Dienstleistungssektors, wobei die Forschung und Entwicklung neben dem Versicherungswesen einen der wichtigsten Schwerpunkte darstellte. Ein Wendepunkt war 1980 erreicht, als der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamt-

43 Volker Hauff / Fritz Wilhelm Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft: Technologischer Strukturwandel, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 34ff.

wenngleich in einem aus heutiger Sicht geringen Maßstab, damit begonnen, tarifliche Bestimmungen ebenso wie den Kündigungsschutz durch die Nutzung von Zeitverträgen, Werkverträgen und Leiharbeit zu unterlaufen. Die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Leiharbeiter stieg zwischen 1975 und 1981 von 11.800 auf 43.100. Auch auf die Auslagerung von Teilen des Produktionsvorgangs wurde vermehrt zurückgegriffen.⁴⁸ Im wachsenden Drittsektor wurde der räumlichen Konzentration der Belegschaften durch Nutzung der damals als »Telearbeit« diskutierten Formen von Heimarbeit entgegengewirkt.

Grundlage der Ausweitung zeitlich befristeter, tariflich ungeschützter und gering entlohnter Beschäftigungsformen war die seit der Rezession von 1974/75 sich herausbildende strukturelle Arbeitslosigkeit. Diese bedeutete weniger ein dauerhaftes Ausscheiden großer Teile der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit als vielmehr eine erzwungene Mobilitätssteigerung: Langfristige Beschäftigungsverhältnisse wichen immer häufiger einem ständigen Wechsel von Erwerbsarbeit, Erwerbslosigkeit und neuerlicher Erwerbsarbeit. So konnte der Anstieg der Erwerbslosenzahlen mit einer Ausweitung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens einhergehen. Der Prozess, der seit einigen Jahren als »Prekarisierung« diskutiert wird, nahm hier seinen Ausgang.

Die Phase von 1982 bis 1987 brachte in der Bundesrepublik einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich und führte sowohl zur »geistig-moralischen Wende« der Kohl-Ära als auch zu einigen »offener« ausgetragenen Arbeitskämpfen in den am stärksten betroffenen Sektoren (die Kämpfe in der Stahlindustrie ab 1979 mit Besetzungssaktionen in einigen Betrieben, auch die Werfbesetzungen bis Mitte der 1980er Jahre). Gleichzeitig wurde die Illusion der »stetigen sozialen Fortschritte«, die die sozialdemokratische Krisenpolitik der 1970er Jahre bestimmt hatte, immer stärker demontiert. Eines von vielen Beispielen ist der 1984 ausgetragene Kampf um die Arbeitszeitverkürzung. Er endete mit einem »Kompromiss«, in dem die sehr langsam eingeführte 35-Stunden-Woche durch eine schnelle Flexibilisierung der Arbeitszeiten erkaufte wurde. Zu Angriffen auf Sozialeinkommen, den öffentli-

⁴⁸ Noch viel deutlicher als in der Bundesrepublik war diese Entwicklung in Norditalien zu beobachten, wo sie als Entstehung einer »diffusen Fabrik« (*fabbrica diffusa*) analysiert wurde. Vgl. Autonomie, Neue Folge, 9: Fabrik und neue Klassenzusammensetzung: Das Beispiel FIAT 1974–81, Hamburg 1982.

chen Dienst und die Arbeitsbedingungen, die denen in England und USA vergleichbar wären, kam es in der Bundesrepublik vorerst nicht; dies sollte in den 1990er Jahren, nach dem Anschluss der DDR, nachgeholt werden.

Wichtiger als weitere Ausführungen über bundesdeutsche Besonderheiten ist uns hier die Feststellung, dass eine sozial hierarchisierte, von weitreichender politischer Regulierung geprägte und im Ergebnis »zerklüftete« Wahrnehmung der Krisenfolgen in der Bundesrepublik keineswegs neu ist. Es wäre zu untersuchen, ob sich Elemente dieser Zerklüftung in der Wahrnehmung der aktuellen Krisenpolitik wiederfinden. Grob zusammengefasst würde dies bedeuten, dass die Ohnmacht, die die bundesdeutsche Linke etwa angesichts der Griechenland-Krise an den Tag legt, nicht nur mit der internationalen Arbeitsteilung, hausgemachter Unfähigkeit und einem oft damit einhergehenden linken Messianismus zu tun hat. Sie ist auch durch eine enorme Einkommensposition gekennzeichnet, in der selbst eine enorme Einkommenspolarisierung wie in den vergangenen Jahren vergleichsweise störungsfrei und diskret ablaufen kann. »Krisen« werden dabei offenbar als »andauernd«, aber auch als situativ gebunden und individualisiert erfahren. Ausnahmen wie etwa die Bewegungen gegen die Einführung des ALG II Mitte der 2000er Jahre bestätigen diese Regel. In der Tat gehört zu dem Bild, das das Wirtschaftsministerium als »second German economic miracle« abgefeiert hat, ebenso die Situation alleinerziehender Frauen in einer Trabantenstadt wie die des Minijobbers, der sich trotz des »Wunders« für die nächsten Jahre keine erstrebenswerte Zukunft ausmalen kann. Aber die Polarität von »Propaganda« und persönlicher Misere kann nur durch Kämpfe sichtbar gemacht werden, die als exemplarisch wahrgenommen werden. Insofern befinden wir uns in der Bundesrepublik vielleicht noch in einer Situation, die in England bereits überwunden scheint: *Wir warten*.

4.

Für die Länder des globalen Südens stellt sich die eben skizzierte Entwicklung anders dar. Dort war ausschlaggebend, dass sie mit den Ölpreiserhöhungen der frühen 1970er Jahre verstärkt zu Schuldnern von IWF und Weltbank wurden. Beide begannen 1974 und 1975 ihre Kre-

ditvergabe stark auszuweiten. Damit wurden – wie bereits erwähnt – die Weichen für jene ruinöse Entwicklung gestellt, die in den 1980er Jahren, vor allem nach der drohenden Zahlungsunfähigkeit Mexikos im August 1982, als »Schuldenkrise« bekannt werden sollte. Die Aus-teritäts-, Privatisierungs- und Liberalisierungsdiktate (»Strukturanpassungsprogramme«), mit denen die Länder des globalen Südens infolge ihrer Zahlungsschwierigkeiten von ihren Gläubigern konfrontiert wurden, führten vor allem in Lateinamerika und Afrika zu dramatischen Verarmungsprozessen, wobei die neue Armut weitgehend städtischen Charakter hatte.

In Mexiko beinhaltete die Strukturanpassung zwischen 1982 und 1988 Reallohnsenkungen von insgesamt über 41 Prozent, während die Erwerbslosenquote auf 20 Prozent anstieg und die Hälfte der Landesbevölkerung unter die Armutsgrenze absank.⁴⁹ Die Senkung der Importzölle zog zahlreiche Insolvenzen nach sich; der mexikanische Textilsektor schrumpfte dramatisch. Durch Privatisierungen verringerte sich die Zahl der Staatsbetriebe von 1.155 im Jahr 1982 auf 285 im Jahr 1990.⁵⁰ Zwischen 1980 und 1987 kam es im Landesdurchschnitt zu einer Verdoppelung der Zahl informell beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen; im gleichen Zeitraum wurden die Sozialausgaben halbiert.⁵¹ Derweil schrumpfte der Anteil des Gesundheitshaushalts an den öffentlichen Ausgaben von 4,7 auf 2,7 Prozent; die durch Unternährung bedingte Säuglingssterblichkeit verdreifachte sich gegenüber den 1970er Jahren beinahe.⁵²

Anderswo in Lateinamerika waren vergleichbare Entwicklungen zu verzeichnen. In Venezuela sank das Durchschnittseinkommen der arbeitenden Bevölkerung im Zuge der Strukturanpassung um 40 Pro-

49 Ricardo Grinspun / Maxwell Cameron, Mexico: The Wages of Trade, in: Report on the Americas, 26 (1993), 4, S. 32–37, hier S. 34.

50 Inter-American Development Bank, Economic and Social Progress in Latin America 1991, Washington 1991, S. 124.

51 Agustín Escobar / Mercedes González de la Rocha, Crisis, Restructuring and Urban Poverty in Mexico, in: Environment and Urbanization, 7 (1995), 1, S. 57–76, hier S. 63–73. Zum Begriff des informellen Sektors vgl. Henninger, Transformation (wie Anm. 39), S. 36ff.

52 Carlos Heredia / Mary Purcell, Structural Adjustment and the Polarization of Mexican Society, in: Jerry Mander / Edward Goldsmith (Hg.), The Case Against the Global Economy, San Francisco 1996, S. 273–284, hier S. 277.

zent, in Argentinien um 30 Prozent, in Brasilien und Costa Rica um 21 Prozent.⁵³ Es kam zu einer Konzentration der neuen Armutsgruppen in städtischen *colonias*, *barriadas* und *villas miserias*: Die Zahl der in den informellen Siedlungen Lateinamerikas hausenden Armen verdoppelte sich im Laufe der 1980er Jahre und belief sich Ende des Jahrzehnts auf 115 Millionen; die ländliche Armutsbevölkerung wurde auf 80 Millionen Menschen beziffert.⁵⁴

Auch in Teilen Afrikas war eine beschleunigte, durch Formen »wild-ten Siedelns« vorangetriebene Urbanisierung zu verzeichnen, die sich vor dem Hintergrund sinkender Löhne, des Abbaus von Wohlfahrtsleistungen und rückläufiger formeller Beschäftigung vollzog. In Nigeria konzentrierten sich die als extrem arm geltenden Bevölkerungssegmente zunehmend in Lagos: Machten sie 1980 noch 28 Prozent der Einwohner der nigerianischen Hauptstadt aus, so waren es 1996 bereits 66 Prozent.⁵⁵ Wie diese Menschen angesichts eines beständig sinkenden Pro-Kopf-Einkommens ihr Überleben bestritten, wurde Entwicklungstheoretikern zunehmend zum Rätsel.⁵⁶

Sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika führte die Dezimierung der Arbeitsgelegenheiten im formellen Sektor zu einer überwiegend männlichen Arbeitsmigration. Die zurückbleibenden Frauen improvisierten neue Einkommensquellen: informelle Handels- und Dienstleistungstätigkeiten, die vom Straßenverkauf über Waschküchen und Kinderbetreuung bis hin zur Prostitution reichten. Ein ähnlich beschaffener Wandel der Frauenarbeit war auch in Asien zu verzeichnen, wobei

53 Alberto Minujin, Squeezed: The Middle Class in Latin America, in: Environment and Urbanization, 7 (1995), 2, S. 153–166, hier S. 155.

54 UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Urbanization Prospects, New York 2002, S. 12.

55 World Bank, Nigeria: Country Brief, Washington 2003, zit. n. Davis, Planet (wie Anm. 39), S. 156.

56 Das Rätsel löst sich ein Stück weit auf, wenn man die Einbeziehung von teils tradierten, teils wiederhergestellten Formen ländlicher Subsistenzwirtschaft in die Einkommensstrategien der Stadtbevölkerung berücksichtigt; vgl. Henninger, Transformationsstrategien der Stadtbevölkerung (wie Anm. 39), S. 32ff. Zum sogenannten wage puzzle siehe Deborah Potts, Urban Lives: Adopting New Strategies and Adapting Rural Links, in: Carole Rakodi (Hg.), The Urban Challenge in Africa: Growth and Management of its Large Cities, Tokio 1997, S. 447–494, hier S. 459. Siehe auch Deborah Fahy Bryceson / Deborah Potts (Hg.), African Urban Economies: Viability, Vitality or Vitiations?, New York 2006.

dort eine dramatische Ausweitung weiblicher Fabrikarbeit hinzukam: Zwischenzeitlich wurde geschätzt, dass es sich bei bis zu 90 Prozent der etwa 27 Millionen Beschäftigten südostasiatischer und chinesischer Weltmarktfabriken um Frauen handelte.⁵⁷

Ab Mitte der 1970er Jahre kam es in vielen der von der Strukturanpassung betroffenen Länder des globalen Südens zu Austeritätsprotesten, die als IWF-Riots bekannt wurden und in der Regel mit der Forderung nach Preissenkungen sowie nach der Wiedereinführung von Subventionen einhergingen.⁵⁸ Den Anfang machten die Proteste in Peru im Juli 1976; auf sie folgten weitere Proteste in Ägypten (Januar 1977), Ghana (September 1978) und Jamaika (Januar 1979). Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in den Jahren 1983–1985 mit den Protesten in Bolivien, Brasilien, Panama, Tunesien, der Dominikanischen Republik, Haiti, El Salvador, Costa Rica und Guatemala. Die IWF-Riots waren ein überwiegend städtisches Phänomen. Getragen wurden die Proteste vom informellen Proletariat der Slums, von erwerbslosen Jugendlichen, teilweise auch von Studierenden, Lehrern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.⁵⁹ Das Wissen der Beteiligten um die internationale Dimension der Strukturanpassung lässt sich an ihrem Protestverhalten ablesen, das regelmäßig Angriffe auf Luxushotels, Reiseagenturen und Filialen internationaler Agenturen miteinschloss.⁶⁰ In den *food riots* von 2007 und 2008 ist diese Protestform jüngst wieder aufgelebt.

5.

Mit der bis hierher vorgenommenen Rückschau auf das Krisengeschehen der 1970er Jahre und seine Folgen soll nicht suggeriert werden, in den damaligen Entwicklungen seien die heutigen restlos vorweggenommen. Eine solche Vorwegnahme lässt sich zwar für einige Teilaspekte behaupten, doch ist damit wenig gewonnen, denn es geht stets darum,

57 Women's Global Network for Reproductive Rights, *A Decade After Cairo: Women's Health in a Free Market Economy*, Amsterdam 2004, S. 12.

58 John Walton / David Seddon, *Free Markets and Food Riots: The Politics of Global Adjustment*, Oxford 1994. Die Autoren geben für den Zeitraum zwischen Januar 1976 und Oktober 1992 insgesamt 146 Proteste an.

59 Ebd., S. 43.

60 Ebd., S. 42.

wie sich solche Teilaspekte in den größeren Krisenzusammenhang einfügen. Doch auch wenn die Vergleichbarkeit von Krisen immer nur eine bedingte sein kann, lohnt es sich, die Zusammenhänge und mehr noch die theoretischen und praktischen Herausforderungen von heute mit denen von damals zu vergleichen.

Einige der oben referierten Entwicklungen, etwa die Verschärfung des endemischen Hungers in Asien und Afrika, gaben in den 1970er und 1980er Jahren Anlass zu heftigen Kontroversen um die sozialrevolutionäre Bedeutung jener Segmente der Weltbevölkerung, die sich nicht als im klassisch marxistischen Sinne produktiv (Mehrwert produzierend) darstellen lassen. Die Bezugnahme auf »marginalisierte«, vom kapitalistischen Standpunkt »überflüssige« Bevölkerungsgruppen provozierte damals seitens einiger Vertreter des westdeutschen Operarismus den Vorwurf, »die Klassenbestimmung [...] aus dem Zusammenhang des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses [herauszulösen]«. ⁶¹ Die im Umfeld der Zeitschrift *Autonomie* erfolgte Revision Marxscher Kategorien, etwa die Rede nicht mehr von der »Arbeiterklasse«, sondern von »Unterklassen«, wurde als Versuch aufgefasst, »eine dem Kapitalverhältnis *gänzlich fremde und externe* Größe zu bestimmen«, anstatt »die Bruchstellen [...] im System zu entwickeln«. ⁶² Dagegen wurde die Notwendigkeit behauptet, »gegen die vom Kapital beabsichtigten Spaltungen und Differenzierungen die revolutionäre *Einheit* des Proletariats herauszuarbeiten«. ⁶³

Derlei Debatten werden mittlerweile wieder geführt, wobei auch heute die Infragestellung zentraler Elemente der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie – etwa des »doppelt freien Lohnarbeiters« – Anstoß erregt, während der Blick auf die Vielfalt der weltweit anzutreffenden Konstellationen von arbeitender Armut die Angst vor dem Verlust eines klar bestimmbareren Subjekts der Veränderung aufkommen lässt. ⁶⁴

61 Zur Debatte innerhalb der Autonomie, Diskussionspapier der Redaktionsgruppe der Karlsruher Stadt-Zeitung (heute Wildcat), o. J. (ca. 1985), S. 1.

62 Ebd., S. 2, 6.

63 Ebd., S. 10.

64 Karl Heinz Roth / Marcel van der Linden (unter Mitarbeit von Max Henninger) (Hg.), *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, Berlin/Hamburg 2009; *Theologie versus Teleologie? Moral, Diskurse und Staatsbezug in der Global Labor*